

Buch, Claudia M. et al.

Working Paper — Digitized Version

Die wirtschaftliche Lage Rußlands: Wirtschaftliche Wende bedenklich verzögert. Zwölfter Bericht

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 315

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Buch, Claudia M. et al. (1998) : Die wirtschaftliche Lage Rußlands: Wirtschaftliche Wende bedenklich verzögert. Zwölfter Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 315, ISBN 3894561637, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1003>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Die wirtschaftliche Lage Rußlands

Wirtschaftliche Wende bedenklich verzögert

Zwölfter Bericht

824 222

Inhalt

I. Produktion, Investitionen, Preise	3
II. Arbeitsmarkt	8
III. Einkommen der privaten Haushalte	9
IV. Öffentliche Haushalte	10
V. Geld- und Währungspolitik	12
VI. Außenwirtschaft	16
VII. Ordnungspolitik	17
VIII. Zusammenfassung und Ausblick	19
Literaturverzeichnis	23

Dieser Bericht wurde am 15. April 1998 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel haben Claudia M. Buch, Ralph P. Heinrich und Dean Spinanger mitgewirkt, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Hella Engerer, Maria Lodahl, Wolfram Schrettl und Mechthild Schrooten und vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle Hubert Gabrisch und Peter Sigmund. Der Bericht wurde auch im DIW-Wochenbericht und in der IWH-Forschungsreihe veröffentlicht.

Der wirtschaftliche Niedergang der Russischen Föderation kam im Jahr 1997 endlich zum Stillstand. Zugleich ergaben sich einige Entwicklungen, die als Keime einer wirtschaftlichen Erholung interpretiert werden können. Ohne eigenes Verschulden geriet Rußland dann in den Strudel der asiatischen Währungskrisen. Kaum zeichnete sich ab, daß es Rußland gelingen könnte, diese Herausforderung erfolgreich zu bestehen, da begannen sich die finanziellen Folgen des Verfalls der Weltmarktpreise für Erdöl massiv bei den russischen Exporterlösen und im russischen Staatshaushalt bemerkbar zu machen. In dieser Situation droht die Neubildung der russischen Regierung mit einem bedenklichen wirtschaftspolitischen Zeitverlust einherzugehen. Es steht zu hoffen, daß die verlorene Zeit durch um so entschiedeneres Handeln der neuen Regierung wettgemacht wird.

I. Produktion, Investitionen, Preise

Produktion und Investitionen

Nach langen Jahren enttäuschter Hoffnungen kam der wirtschaftliche Niedergang Rußlands im abgelaufenen Jahr 1997 endlich zum Stillstand (Tabelle 1). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stagnierte (Anstieg gegenüber 1996 um 0,4 vH). In dieser Globalzahl ist bereits der vom Staatlichen Komitee für Statistik (Goskomstat) geschätzte Umfang der Schattenwirtschaft enthalten (vgl. z.B. Goskomstat Rossii 1997a: 127).¹ Hinter dem Gesamtbild der Stagnation verbergen sich indes äußerst uneinheitliche Entwicklungen. Entscheidend für die Verhinderung eines weiteren Rückgangs des BIP war die Ent-

wicklung des privaten Verbrauchs. Davon zeugt die deutliche Zunahme des Einzelhandelsumsatzes (um 2,5 vH) und der entgeltlichen Dienstleistungen für Endverbraucher (um 3,7 vH). Bei den Dienstleistungen war erstmals seit 1990 ein Zuwachs zu verzeichnen. Im Rahmen der expandierenden Dienstleistungen ist der Bereich der Automobilwerkstätten besonders bemerkenswert, deren reale Umsätze um 19 vH zunahm.² Die Ausgaben für kommunale Dienstleistungen (z.B. privater Stromverbrauch) gingen real zurück (-2,8 vH); hier liegt es nahe, einen Zusammenhang mit der Preisentwicklung zu sehen (vgl. dazu in diesem Kapitel den Abschnitt *Preise*).

Tabelle 1 – Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1990–1997 (Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode bzw. Anteile in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Bruttoinlandsprodukt ^a	-3,0	-5,0	-14,5	-8,7	-12,7	-4,2	-4,9	0,4
Industrieproduktion ^a	-0,1	-8,0	-18,0	-14,1	-20,9	-3,3	-4,0	1,9
Agrarproduktion ^a	-3,6	-5,0	-9,0	-4,0	-12	-8,0	-5,1	-0,1
Bruttoanlageinvestitionen ^a	0,1	-15,0	-40,0	-12,0	-24	-10,0	-18,1	-5,0
Gütertransportvolumen ^b	.	-7,4	-23,6	5,0	-24,3	-10,2	-17,7	-9,8
Gütertransportvolumen ^c	.	-7,4	-13,9	-11,5	-14,2	-1,0	-4,6	-3,6
Einzelhandelsumsatz ^a	12,0	-3,0	-3,0	-1,9	0,1	-7,0	-4,1	2,5
Entgeltliche Dienstleistungen für den Endverbraucher ^a	10,2	-17,0	-18,0	-30,0	-38,0	-18,0	-5,8	3,7
Geldeinkommen der privaten Haushalte								
Nominal	18,0	120,0	750,0	1 030,0	360,0	158,0	46,1	18,2
Real ^d	.	7,5	-50,5	11,2	13,0	-13,0	-0,9	3,5
Nominallöhne und -gehälter	15,0	81,0	994,0	878,0	276,0	114,0	57,3	19,7
Reallöhne	.	-3,0	-33,0	0,4	-8,0	-28,0	6,4	4,3
Verbraucherpreise ^e	6,0	160,0	2 510,0	840,0	215,0	131,0	21,8	11,0
Verkaufspreise der Industrie ^e	4,0	240,0	3 280,0	895,0	233,0	175,0	25,6	7,4
Arbeitslosenquotef	.	.	4,7	5,5	7,4	8,8	9,3	9,1

^aReal. — ^bAuf der Basis von Tonnen. — ^cAuf der Basis von Tonnenkilometern. — ^d1990–1993: Dezember gegenüber Dezember des Vorjahres; 1994–1996: Jahresdurchschnitt; 1997: Januar–September gegenüber Vorjahreszeitraum. — ^e1990: Jahresdurchschnitt, 1991–1997: Dezember gegenüber Dezember des Vorjahres. — ^fAm Periodenende; ILO-Methodik.

Quelle: Goskomstat Rossii (1992: 14 f.; 1994: 162; 1996a: 12, 54, 80, 243, 396; 1996b: 254; 1997b: 7, 8, 179, 182; 1998: 7, 8, 103 ff., 284), Goskomstat RSFSR (1991: 129, 177, 352).

Der Einzelhandelsumsatz expandierte besonders im zweiten Halbjahr 1997 sehr kräftig, mit einer weiteren Beschleunigungstendenz im vierten Quartal (Anstieg um 6,6 vH gegenüber dem Vorjahresquartal). Der reale Umsatz an Nahrungsmitteln nahm dabei im Jahresverlauf stetig zu (mit etwa 3 vH); im Jahr davor war er noch in jedem Quartal geschrumpft. Die Beschleunigungstendenz beim gesamten Einzelhandelsumsatz ging auf die Entwicklung im Non-food-Bereich zurück, der real in der ersten Hälfte noch abnahm, dann aber wuchs und im letzten Quartal 1997 sogar um 9,1 vH zulegte (Goskomstat Rossii 1998: 121 ff.). Diese eindrucksvolle Entwicklung bedarf allerdings einiger Erläuterungen. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß im vierten Quartal 1997 in beträchtlichem Umfang rückständige Lohn-, Renten- und Transferzahlungen nachgeleistet wurden, die sich offensichtlich unmittelbar auf dem Verbrauchsgütermarkt niederschlugen.³ Zudem dürfte es im Vorfeld der Denominierung des Rubels (Streichung von drei Nullen) wegen der Befürchtung einer konfiskatorischen Komponente und möglicherweise auch wegen neuerlicher Abwertungs- und Inflationserwartungen im Gefolge der asiatischen Krisen zu einigen vorgezogenen Käufen gekommen sein.⁴

Über diese eher kurzfristigen Aspekte hinaus zeichnen sich Entwicklungen ab, die Spielräume für ein dauerhaftes Wachstum der Binnenproduktion eröffnen. Verschiedene Faktoren, zu denen auch ausländische Direktinvestitionen in die Konsumgüterproduktion zählen, reduzieren offenbar die in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Anteile von Importgütern am Konsumgütermarkt. Diese Importgüterquote hatte von 23 vH im Jahr 1992 rasch auf 52 vH im Jahr 1995 zugenommen, sie verharrte dann 1996 bei diesem Wert. Im Jahr 1997 lag sie erstmals wieder niedriger, und zwar bei 49 vH (Goskomstat Rossii 1997a: 148; Goskomstat Rossii 1998: 132).

Der reale Umfang der Bruttoanlageinvestitionen sank im Jahr 1997 zwar erneut (-5 vH), dies jedoch deutlich langsamer als im gesamten bisherigen Verlauf der neunziger Jahre, der von jährlich zweistelligen Raten des Rückgangs gekennzeichnet war. Als Anzeichen für eine Wen-

de hin zum Wirtschaftswachstum kann die Tatsache angesehen werden, daß die sogenannten produktiven Investitionen im vergangenen Jahr nur noch mäßig schrumpften (-1,1 vH). Dagegen gingen die Investitionen für soziale Zwecke (nichtproduktive Investitionen) weiter stark zurück (-11,5 vH), wenngleich ebenfalls deutlich langsamer als noch 1996. Hinweise auf eine mögliche Wende zeigen sich noch deutlicher bei einer Quartalsbetrachtung. Waren die produktiven Investitionen noch in den ersten beiden Quartalen 1997 real geschrumpft, so nahmen sie in den letzten beiden Quartalen real zu (um 2,8 bzw. 2,2 vH). Die nichtproduktiven Investitionen gingen dagegen in sämtlichen Quartalen real zurück. Die verfügbaren Informationen zur Investitionstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen deuten einen weiteren Rückgang der Wohnungsbautätigkeit an (reale Ausgaben: -23,4 vH, fertiggestellte Wohnfläche: -5 vH), wobei sich eine Konzentration auf qualitativ höherwertige Wohnungen und auf die Region Moskau feststellen läßt. Da einige Wirtschaftsbereiche vom allgemeinen Rückgang der Investitionen weniger betroffen waren — so Öl und Gas, Elektrizität, Transport und Kommunikation sowie Handel —, dürfte sich eine weitere Konzentration der Mittel ergeben haben (Goskomstat Rossii 1997a: 234). Besonders auffällig bleibt der extreme Rückgang der Investitionstätigkeit in der Landwirtschaft.

Die verfügbaren Angaben zum Staatsverbrauch, auch wenn sie im Rahmen der Verwendungsrechnung des BIP nicht vergleichbar sind, lassen keine nachfragebelebende Wirkung erkennen. Dies gilt auch für die Außenhandelsaktivitäten und die fragmentarischen Angaben zu den Lagerinvestitionen.

Die Entstehungsseite des BIP zeigt ebenfalls ein uneinheitliches Bild und reflektiert damit vielfältige strukturelle Verschiebungen. In der Industrie ergab sich erstmals ein leichter Anstieg der Produktion (um 1,9 vH).⁵ Dem Zuwachs der industriellen Produktion standen eine Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion (0,1 vH) und ein starker Rückgang im Bereich des Gütertransports gegenüber.⁶ Die Zusammensetzung des BIP hat sich weiter von Gütern zu Dienstleistungen verschoben, deren Anteil nun

auf 49,4 vH gestiegen ist. Sowohl als Anteil am BIP als auch dem Umfang nach ging die Güterproduktion zurück (Goskomstat Rossii 1998: 23).

Eine Zerlegung der gesamten Industrieproduktion in Investitionsgüter, Zwischenprodukte und Verbrauchsgüter bestätigt den Charakter und die Dimensionen einer möglichen Wende. Die Produktion von Investitionsgütern stagnierte im Jahr 1997 völlig (0,0 vH), nachdem sie im Vorjahr noch stark abgenommen hatte (-14,5 vH). Die Produktion von Verbrauchsgütern dagegen nahm bereits zu (2,1 vH nach -6,6 vH im Vorjahr), ebenso wie die Produktion von Vorleistungen (2,4 vH nach -4,3 vH im Vorjahr) (Goskomstat Rossii 1998: 23 ff.). Der Rückgang der Elektrizitätserzeugung hat sich im Jahr 1997 gegenüber dem Vorjahr wieder beschleunigt.⁷ Hinter der Stagnation der Brennstoffindustrie (0,3 vH) steht eine leichte Zunahme der Erdölförderung (1,3 vH) und ein deutlicher Rückgang der Erdgasgewinnung (-5,5 vH).⁸

Die Eisen- und Stahlindustrie, die NE-Metallurgie sowie die Chemische und Petrochemische Industrie konnten wieder an die bereits im Jahr 1995 zu verzeichnende Aufwärtsentwicklung anknüpfen (Tabelle 2). Allerdings reichte die Stärke der Expansion bei weitem nicht aus, um den zwischenzeitlichen Rückgang des Jahres 1996 wettzumachen. Für die genannten Industriezweige ist zu vermuten, daß Exportaktivitäten den Aufschwung mit ermöglicht haben.

Im Bereich Maschinenbau und Metallverarbeitung kam es im Jahr 1997 erstmals in den neunziger Jahren zu einem Zuwachs der Produktion (3,5 vH nach -11 vH im Vorjahr). Allerdings verlief die Entwicklung sehr uneinheitlich. Eine Zunahme in der Produktion war nur im Automobilbau (12,6 vH nach 0,2 vH im Vorjahr), im Gerätebau (5,8 vH nach -30 vH im Vorjahr) und in der Nachrichtentechnik (23,2 vH nach -64,2 vH im Vorjahr) zu verzeichnen. In sämtlichen übrigen Industriezweigen ging die Produktion weiter zurück. Dies betrifft die Produktion von Metallbearbeitungsmaschinen, Elektrotechnik und Anlagen für die Erdölförderung (letztere um -20,3 vH) sowie die Bereiche Eisenbahnbau (Lokomotiven und Waggon) und Werkzeugmaschinenbau (Goskomstat Rossii 1998: 58).

Innerhalb der Automobilindustrie nahm besonders der Bau von Personenkraftwagen zu (um 13,5 vH nach 3,9 vH im Vorjahr), aber auch die Produktion von Omnibussen (21,6 vH nach -3,7 vH im Vorjahr). Die gewichtige Rolle des Automobilbereichs zeigt sich aus mindestens drei Perspektiven: Die Produktion von Automobilen selbst war stark aufwärts gerichtet, die realen Leistungen von Kraftfahrzeugwerkstätten nahmen — wie erwähnt — kräftig zu, und schließlich stieg auch die Produktion von Reifen deutlich (um 11,6 vH, davon für Pkw um 25,7 vH) (Goskomstat Rossii 1998: 52).

Tabelle 2 – Entwicklung der Industrieproduktion in Rußland nach Zweigen 1990–1997 (reale Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Industrie insgesamt ^a	0	-8	-18	-14	-21	-3	-4	2
Elektrizitätswirtschaft	2	0	-5	-5	-9	-3	-2	-2
Brennstoffindustrie	-3	-6	-7	-12	-11	-2	-3	0
Eisen- und Stahlindustrie	-2	-7	-16	-17	-17	9	-4	1
NE-Metallurgie	-2	-9	-25	-14	-9	1	-5	5
Chemische und petrochemische Industrie	-2	-6	-22	-22	-29	7	-11	2
Maschinenbau und Metallverarbeitung	1	-10	-15	-16	-38	-8	-11	4
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	-1	-9	-15	-19	-31	-5	-22	1
Baustoffindustrie	-1	-2	-20	-16	-29	-8	-25	-4
Leichtindustrie	0	-9	-30	-23	-47	-31	-28	-2
Nahrungsmittelindustrie	0	-10	-16	-9	-22	-9	-9	-1

^a1990–1993: nur Groß- und Mittelbetriebe. 1994–1996: einschließlich Kleinbetriebe und Joint-ventures. Bei den Daten für die einzelnen Zweige sind in allen Jahren nur die Groß- und Mittelbetriebe erfaßt.

Quelle: Goskomstat Rossii (1993: 367; 1996a: 492; 1997b: 16 ff.; 1998: 26, 27).

Innerhalb des Gerätebaus expandierte die Produktion von Personalcomputern (um 29,8 vH) weiter. Ein nennenswerter Indikator für die Hinwendung zur inländischen Produktion von Konsumgütern ist auch die Zunahme bei Farbfernsehern (um 140 vH nach -71 vH im Vorjahr), wenngleich dies nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß der Markt weiterhin von Importprodukten beherrscht wird. Im Hinblick auf den bereits erwähnten Rückgang des realen Verbrauchs von kommunalen Dienstleistungen (vor allem Strom) ist die kräftige Zunahme der Produktion von Stromzählern (um 54 vH) erwähnenswert.

Einige weitere Industriezweige (Holz- und Holzverarbeitungs-, Baustoff-, Leicht- und Nahrungsmittelindustrie) scheinen die Periode des freien Falls der Produktion beendet oder jedenfalls den Rückgang deutlich abgebremst zu haben. Die erkennbare Aufwärtsentwicklung bei einzelnen Produktgruppen fügt sich jedoch noch nicht zu einem aussagekräftigen und auch nicht zu einem in jeder Hinsicht erfreulichen Bild (Asbest: 15 vH nach -10 vH, Wodka: 24 vH nach -42 vH im Vorjahr) (Goskomstat Rossii 1998: 73).

Die Stagnation der Produktion des Agrarsektors (0,1 vH) darf nicht den Blick auf die dahinterstehenden stark divergierenden Entwicklungen versperren. Die Getreideernte fiel zwar deutlich besser als noch im Vorjahr aus (Anstieg um 27,6 vH), dagegen gab es bei wichtigen anderen Feldfrüchten eine sehr schlechte Ernte (Zuckerrüben: -14,4 vH, Flachs: -60,7 vH). Der Rückgang der tierischen Produktion setzte sich weiter fort.⁹ Die Produktion von Getreide, Sonnenblumen und Zuckerrüben liegt mittlerweile nahezu vollständig bei den Staatlichen und Genossenschaftlichen Unternehmen, die Produktion von Gemüse und Kartoffeln dagegen bei den privaten Nebenwirtschaften. Die selbständigen Bauern (Farmer) sind weiterhin praktisch bedeutungslos (mit einem Anteil von 2,1 vH an der Agrarproduktion).

Auch die Entwicklung der Leistung im Gütertransport ist uneinheitlich. Bemerkenswert ist der verlangsamte Rückgang des Transportvolumens bei den Eisenbahnen (-2,7 vH nach -11,4

vH im Vorjahr), wozu die gesteigerten Leistungen für den Export wesentlich beitrugen (Anstieg um 30,3 vH nach -3 vH im Vorjahr).¹⁰ Im Lufttransport nahmen die Güterbewegungen im internationalen Verkehr äußerst stark zu (um 25,2 vH), im Inlandsverkehr war dagegen ein Rückgang zu verzeichnen (-6,1 vH) (Goskomstat Rossii 1998: 111). Im Nachrichtenwesen (Post, Telekommunikation) stiegen die Leistungen deutlich an (um 8,9 vH), und zwar mit einigen nennenswerten Einzelentwicklungen: Die Zahl der Fernsprech-Hauptanschlüsse stieg um 5,1 vH, der Ferngespräche um 14,7 vH, der E-Mail-Sendungen um 352,3 vH und der Fax-Sendungen um 9 vH (Goskomstat Rossii 1998: 118).

Preise

Der Preisanstieg hat sich mittlerweile so weit abgeschwächt, daß er nicht mehr als entscheidendes Hindernis für einen wirtschaftlichen Aufschwung angesehen werden kann.¹¹ Das Niveau der Verbraucherpreise lag 1997 um 11 vH über der entsprechenden Vorjahresperiode (Dezember zu Dezember; Tabellen 3 und 4). Bemerkenswert ist die Tatsache, daß es im Zuge der asiatischen Währungskrise bis zuletzt nicht zu erkennbaren Reaktionen des russischen Preisniveaus gekommen ist.

Deutlich stärker als der Durchschnitt der Verbraucherpreise stiegen die Preise für alkoholische Getränke (um 18 vH) bzw. für dazu nötige Vorprodukte (Zucker: 22,8 vH). Dies entspricht sowohl den sozialpolitischen als auch den fiskalischen Absichten der Regierung. Die Preise von Dienstleistungen für private Haushalte, die überwiegend administrativ festgesetzt werden, zogen kräftig an (um 22,5 vH). Soweit erkennbar handelt es sich hierbei um den vernünftigen Versuch, die Preise an ein kostendeckendes Niveau heranzuführen. Dies gilt für öffentliche Verkehrsmittel (18,5 vH), örtliche Telefongespräche (40,1 vH), Stromtarife (36 vH) und Wohnungsmieten für gemeindeeigenen Wohnraum (35 vH), wobei in sämtlichen Fällen extreme regionale Differenzierungen festzustellen sind.¹²

Tabelle 3 – Monatliche Preisentwicklung 1994–1998 (Veränderungen gegenüber dem Vormonat in vH)

	Verbraucherpreise					Industrielle Erzeugerpreise				
	1994	1995	1996	1997	1998	1994	1995	1996	1997	1998
Januar	17,9	17,8	4,1	2,3	1,5	19,0	21,5	3,2	1,1	0,9
Februar	10,7	11,0	2,8	1,5	0,9	15,1	16,9	2,7	1,6	0,8
März	7,4	8,9	2,8	1,4		10,2	10,8	2,6	1,3	
April	8,5	8,5	2,2	1,0		10,6	14,8	2,4	0,8	
Mai	7,0	7,9	1,6	0,9		6,6	8,9	1,1	0,5	
Juni	6,0	6,7	1,2	1,1		8,4	6,1	1,6	0,8	
Juli	5,3	5,4	0,7	0,9		7,8	6,7	1,2	0,2	
August	4,7	4,6	-0,2	-0,1		5,8	6,7	2,1	0,5	
September	7,9	4,4	0,3	-0,3		7,3	5,7	1,7	0,1	
Oktober	15,0	4,7	1,2	0,2		11,0	4,6	2,8	0,1	
November	14,6	4,5	1,9	0,6		12,6	2,9	0,9	0,2	
Dezember	16,5	3,2	1,4	1,0		12,9	1,9	0,8	0,0	

Quelle: Goskomstat Rossii (1996b: 153; 1997b: 110; 1998: 176, 195, 196), Pressemeldungen auf der Basis von Goskomstat.

Tabelle 4 – Preisentwicklung 1991–1997 (Veränderungen gegenüber der Vorperiode in vH)^a

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Verbraucherpreise	160	2 510	840	215	131	22	11
Nahrungsmittel	171	2 570	838	233	123	18	9
Alkoholische Getränke	52	2 370	655	131	127	53	18
Andere Konsumgüter	211	2 570	642	169	116	18	8
Dienstleistungen	79	2 120	2 310	522	232	48	23
Industrielle Erzeugerpreise	240	3 280	895	233	175	26	7
Elektrizitätswirtschaft	110	5 410	1 258	229	199	35	9
Brennstoffindustrie	130	9 170	634	201	187	40	19
Eisen- und Stahlindustrie	240	3 520	1 086	242	185	16	1
NE-Metallurgie	230	5 120	558	296	121	12	3
Chemieindustrie	170	3 790	848	262	168	18	5
Petrochemie	150	5 250	672	260	167	24	11
Maschinenbau und Metallverarbeitung	210	2 620	949	230	178	24	9
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	240	1 920	889	271	174	12	8
Baustoffindustrie	210	2 710	1 145	212	171	34	9
Leichtindustrie	370	1 160	681	241	163	20	10
Nahrungsmittelindustrie	310	2 630	971	208	156	22	11

^a12-Monats-Veränderungsraten.

Quelle: Goskomstat Rossii (1996a: 904; 1997b: 111, 114, 125; 1998: 176, 177, 197, 198).

Da weitere Anhebungen der administrativen Preise zum Zweck der Kostendeckung unbestreitbar angezeigt sind, machen Versuche, die durchschnittliche Inflationsrate abzusenken, dann wenig Sinn, wenn dies eine absolute Senkung des Niveaus der am Markt frei gebildeten Preise erforderlich machen würde. Dies würde auf das zweifelhafte Unterfangen hinauslaufen, jenen Teil der Inflation, der durch administrative Preisanhebungen verursacht wird, mit restriktiver Geldpolitik zu bekämpfen. Solange noch in größerem Umfang Verschiebungen der relativen Preise erforderlich sind, erscheint nun-

mehr eine verlangsamte Absenkung der gegenwärtigen Inflationsraten sinnvoller.

Die industriellen Erzeugerpreise stiegen im Jahr 1997 mit 7 vH erstmals in den neunziger Jahren langsamer als die Verbraucherpreise. Ein deutlich über dem Durchschnitt liegender Anstieg war bei den Preisen der Brennstoffindustrie zu verzeichnen (um 19 vH). Dies ist im Licht der Bemühungen zu sehen, die russischen Energiepreise an das Weltmarktniveau heranzuführen. Unterdurchschnittlich stiegen die Preise in der Eisen- und Stahlindustrie, in der NE-Metallurgie und in der Chemischen Industrie. Hier

dürfte auch der Wettbewerbsdruck eine Rolle spielen, dem diese Bereiche auf dem Weltmarkt ausgesetzt sind. Eine bemerkenswerte Preisberuhigung ist noch bei einigen für Unternehmen wichtigen Bereichen zu verzeichnen. So stiegen die Preise für Investitionsgüter nur noch um 5 vH (Vorjahr: 37,2 vH), davon für Maschinen und Ausrüstungen um 8 vH (23,3 vH) und Bau- und Montagearbeiten um 4 vH (41,4 vH) (Goskomstat Rossii 1998: 204). Die Preise für Gütertransportleistungen (sämtliche Transportarten) stiegen nur noch um 0,9 vH (Vorjahr: 22,1 vH) (Goskomstat Rossii 1998: 208), die Telekom-Tarife für Firmenkunden nur noch um 4,2 vH (Vorjahr: 44,7 vH) (Goskomstat Rossii 1998: 213 ff.).

Die Preisbildung erfolgt in Rußland beim gegenwärtigen Stand der Transformation trotz beachtlicher Liberalisierung erst in eingeschränktem Umfang nach Marktprinzipien. Im wesentlichen kann man zwar für Verbrauchsgüter davon ausgehen, daß die Preisbildung auf dem

Markt frei erfolgt.¹³ Die Preisbildung für Transaktionen zwischen Unternehmen kann dagegen nur sehr bedingt als marktmäßig eingestuft werden. Das Ausmaß der Zahlungsrückstände ist enorm, vor allem aber hat der Anteil von dauerhaft Verlust machenden Unternehmen weiter zugenommen, z.B. in der Industrie auf 48 vH (nach 46 vH im Vorjahr und nur 16 vH noch 1993) (Goskomstat Rossii 1997a: 203, 260; Goskomstat Rossii 1998: 232; eigene Berechnungen).¹⁴ Offenbar ist aber ihre Finanzsituation für die Unternehmen nur von eingeschränkter Bedeutung. Darauf deutet die etwas paradoxe Tatsache hin, daß Unternehmen in den überdurchschnittlich Verlust machenden Wirtschaftsbereichen zugleich überdurchschnittlich optimistische Geschäftserwartungen hegen und Unternehmen in den weniger verlustintensiven Wirtschaftsbereichen eher pessimistisch in die Zukunft blicken (Goskomstat Rossii 1998: 32, 35).

II. Arbeitsmarkt

Die Zahl der Beschäftigten ging 1997 gegenüber dem Vorjahr um fast 1 vH zurück (1996: -0,6 vH) und lag am Jahresende bei 65 Millionen Personen. Im Dezember 1997 waren 6,4 Millionen Personen arbeitslos, und die statistisch berechnete Arbeitslosenquote betrug 9 vH (Dezember 1996: 9,4 vH) (Goskomstat Rossii 1998: 284 ff.). Der Rückgang der Arbeitslosenquote zum Jahresende 1997 ist darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Erwerbsfähigen im zweiten Halbjahr 1997 schneller als die Zahl der Beschäftigten sank.¹⁵ Auch die Zahl der bei den Arbeitsämtern als arbeitslos gemeldeten und registrierten Personen nahm ab, was auf veränderte Bedingungen der Registrierung von Arbeitslosen zurückzuführen ist (Gosudarstvennaja služba zanjatosti 1997: 4 f.).¹⁶ Finanzielle Schwierigkeiten schränkten die durch die Arbeitsämter finanzierten Arbeitsmarktmaßnahmen (Umschulungen, „gesellschaftliche“ Arbeit, vorzeitiger Ruhestand) ein und verringerten so den Anreiz, sich als arbeitslos registrieren zu

lassen. Im Dezember 1997 waren 2 Millionen Personen (Dezember 1996: 2,5 Millionen) offiziell als arbeitslos registriert. Dies entspricht einer Quote von 2,7 vH (Dezember 1996: 3,4 vH) (Goskomstat Rossii 1998: 284 ff.). Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ist von sieben Monaten im Dezember 1996 auf 7,5 Monate im Dezember 1997 gestiegen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen, d.h. derjenigen Arbeitssuchenden, die länger als ein Jahr als arbeitslos bei den Arbeitsämtern registriert sind, erhöhte sich im selben Zeitraum von 17,8 vH auf 21,4 vH (Ministerstvo truda i social'nogo razvitiija Rossijskoj Federacii 1998).

Die verdeckte Arbeitslosigkeit blieb hoch. Auch 1997 haben die Unternehmen Entlassungen dadurch vermieden, daß sie Zwangsurlaub und Teilzeitarbeit beibehalten haben. Im Monatsdurchschnitt waren davon 4 Mill. Beschäftigte betroffen (Goskomstat Rossii 1998: 284). Allerdings scheint diese Zahl, verglichen mit dem Vorjahr, gesunken zu sein.

Regional stellte sich das Problem der Arbeitslosigkeit differenziert dar.¹⁷ In 12 von 89 Regionen war die Rate der registrierten Arbeitslosigkeit doppelt bis dreimal so hoch wie im Landesdurchschnitt. Dazu gehörten beispielsweise die Oblaste Archangelsk (7,7 vH), Iwanowo (6,9 vH), die Republiken Dagestan (7,1 vH) und Inguschetien (7,5 vH). Günstigere Bedingungen waren dagegen in 23 Regionen zu verzeichnen, in denen die Arbeitslosenquote nur ein bis drei Viertel des Durchschnitts betrug. Zu diesen Regionen gehören beispielsweise die Städte Moskau (Arbeitslosenquote: 0,7 vH) und St. Petersburg (1,3 vH), die Oblaste Lipezk (1 vH), Nowosibirsk (1,6 vH) und Orenburg mit einer Quote von 0,8 vH. Den Arbeitsämtern wurden vermehrt freie Arbeitsplätze gemeldet. Auf jede freie Stelle entfielen am Jahresende 1997 sechs offiziell registrierte Arbeitslose (Ende 1996: 10,8) (Goskomstat Rossii 1998: 287). Während in Moskau weniger Ar-

beitslose als freie Stellen registriert waren, entfielen auf eine freie Stelle in der Republik Inguschetien 149,4 Arbeitslose, in der Republik Tywa 131 und im Autonomen Bezirk der Ewenken 167 Arbeitslose.

Sollte die Regierung die wiederholt angekündigte Umstrukturierung des Unternehmenssektors durchführen, unrentable Unternehmen gegebenenfalls schließen und das neue Insolvenzgesetz (siehe Kapitel VII) verstärkt anwenden, ist für das laufende Jahr eher wieder mit einem Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit zu rechnen. Insgesamt scheint sich die Lage am Arbeitsmarkt zwar etwas entspannt zu haben. Berücksichtigt werden muß jedoch, daß die letzte veröffentlichte Arbeitsmarktumfrage im März 1996 durchgeführt wurde und aktuellere Angaben im wesentlichen auf Fortschreibungen beruhen. Ob sich die positive Tendenz am Arbeitsmarkt 1998 fortsetzen wird, ist indes fraglich.

III. Einkommen der privaten Haushalte

Die realen Geldeinkommen der privaten Haushalte stiegen 1997 gegenüber dem Vorjahr um 3,5 vH (1996: -0,9 vH). Die Reallöhne wuchsen um 4,3 vH (1996: 6,4 vH), während die reale monatliche Durchschnittsrente um 3,4 vH sank (1996: 8,7 vH), was zu einer Verschlechterung der sozialen Lage der Rentner führte (Goskomstat Rossii 1998: 269). Die realen Einkommen aus Vermögen, Unternehmertätigkeit und sonstigen Quellen stagnierten. Das schnellere Wachstum der Löhne gegenüber den anderen Einkommensarten führte zu einem um einen Prozentpunkt höheren Anteil der Löhne an den Geldeinkommen der privaten Haushalte (42,9 vH). Der Anteil der sozialen Transfers stieg um 0,6 Prozentpunkte auf 14,8 vH. Demzufolge sank der Anteil der Einkommen aus Vermögen, Unternehmertätigkeit und sonstigen Quellen von 43,9 vH auf 42,3 vH (Goskomstat Rossii 1998: 270). Nach wie vor ist nicht klar, wie hoch die Arbeitseinkommen tatsächlich sind. Einerseits bleibt ungewiß, inwieweit Einkommen aus Zweitbeschäftigungen in der Ein-

kommens- und Lohnstatistik erfaßt werden. Andererseits ist nicht bekannt, wie die unter den Bedingungen des weit verbreiteten Naturalien-tausches erfolgte Entlohnung zu bewerten ist.

Überdurchschnittliche Lohnzuwächse in der Erdöl- und Erdgasindustrie sowie in der Staatsverwaltung bewirkten für das Jahr 1997 eine wieder leicht ansteigende Lohndifferenzierung zwischen den Branchen und Sektoren. Die höchsten Löhne wurden 1997 wie im Vorjahr in der Erdöl- und Erdgasindustrie, in der Elektrizitätswirtschaft sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe gezahlt. In der Land- und Forstwirtschaft, in der Leichtindustrie sowie im Sozialbereich blieb das Lohnniveau vergleichsweise niedrig. Die von den Unternehmen gezahlten Lohnzuschläge zum Ausgleich von Preis- und Tariferhöhungen beliefen sich wie im Vorjahr auf durchschnittlich knapp 4 vH der Löhne.¹⁸

Auch die Einkommensdisparitäten insgesamt nahmen 1997 wieder geringfügig zu, nachdem sie in den Vorjahren etwas nivelliert wurden.

Die Differenzierung der Geldeinkommen, gemessen an der Relation zwischen dem höchsten und niedrigsten Einkommensdezil, stieg auf das 13,2fache (1996: 13,0). Ein Geldeinkommen unter dem Existenzminimum¹⁹ bezogen 20 vH der Bevölkerung (30,7 Millionen Personen), deutlich weniger als 1996 (22 vH).

In der russischen Statistik werden auch die Lohnrückstände als Lohneinkommen gewertet. Die Lohnrückstände sind, gemessen an einer Monatslohnsumme, bis Dezember 1997 auf 113 vH (Dezember 1996: 130 vH) gesunken. In der Industrie, im Baugewerbe und in der Landwirtschaft blieben die Lohnrückstände im Vergleich zum Dezember des Vorjahres unverändert hoch, während die Lohnrückstände in den durch die öffentlichen Haushalte finanzierten Institutionen und Organisationen (Gesundheitswesen, Kultur und Kunst, Bildungswesen) bis Dezember 1997 auf knapp ein Drittel des Standes von Dezember 1996 gesenkt wurden. Der Anteil des Staatshaushalts an der Gesamtsumme der Lohnschulden betrug im Dezember 1997 noch 10,1 vH (viertes Quartal 1996: 19,7 vH) (Goskomstat Rossii 1998: 247 ff.); angeblich wurden die ausstehenden Löhne zu Jahresbe-

ginn 1998 an die Regionalverwaltungen überwiesen. Zuletzt jedoch haben die gesamtwirtschaftlichen Lohnrückstände wieder stark zugenommen.

Der Anteil der Konsumausgaben an der Verwendung der Geldeinkommen entsprach mit 68,9 vH dem des Vorjahres. Der Anteil der Steuern und Beiträge sank von 6 vH auf 5,5 vH. Der Anteil der Ersparnisbildung (25,6 vH) veränderte sich gegenüber dem Vorjahr (25,2 vH) kaum. Allerdings sank der Anteil des Buch- und Wertpapiersparens von 4,9 vH auf 2,3 vH, während die Ersparnisbildung in Devisen von 18,9 vH auf 21,6 vH der Geldeinkommensverwendung stieg. Die hohe Sparquote und der hohe Anteil des Devisenerwerbs lassen sich dadurch erklären, daß der gesamte Devisenerwerb statistisch als Sparen definiert wird, obwohl bekanntlich ein Teil der Devisen für Direktimporte verwandt bzw. im Ausland verausgabt wird. Die nicht gezahlten Löhne sind als Zwangssparen zu werten. Die wahre Sparquote ist von 10 vH im Jahre 1996 auf 8 vH im vergangenen Jahr gefallen (Government of the Russian Federation 1998).

IV. Öffentliche Haushalte

Die Krise der öffentlichen Haushalte hält an. Das Defizit des Föderationshaushalts hat nach Angaben des IMF im Zeitraum der ersten drei Quartale 1997 bei über 9 vH des BIP gelegen (Tabelle 5); für das Gesamtjahr wird ein Defizit von über 8 vH des BIP geschätzt. Danach stieg

das Defizit nicht nur gegenüber dem Vorjahr sondern auch gegenüber dem ersten Halbjahr 1997 (DIW et al. 1997b). Unberücksichtigt bleiben bei dieser Berechnung die umfangreichen quasi-fiskalischen Aktivitäten und Kreditgarantien, die von verschiedenen Ministerien auf allen

Tabelle 5 – Föderaler Haushalt 1995–1997 (vH des BIP)

	IMF			Finanzministerium		
	1995	1996	1997 ^a	1995	1996	1997 ^a
Einnahmen	10,6	9,5	9,7	13,6	12,4	10,6
Ausgaben	15,4	15,8	19,3	16,6	15,6	14,2
Defizit	4,8	6,3	-9,6	3,0	3,3	3,6

^aJanuar–Septemer.

Quelle: Goskomstat Rossii *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii* (verschiedene Ausgaben), interne Arbeitsunterlagen der Institute.

föderalen Ebenen gegeben werden. Nach wie vor liegen die Defizitberechnungen des russischen Finanzministeriums²⁰ und des IMF weit auseinander. Nach Angaben des Finanzministeriums betrug das Defizit des Föderationshaushalts im Zeitraum Januar–September 3,6 vH des BIP. Die unterschiedlichen Ergebnisse sind vor allem dadurch zu erklären, daß das Finanzministerium bei seiner Berechnungsmethode offensichtlich auf der Einnahmeseite auch Wechsel (non-cash-payments) berücksichtigt, während die Ausgabenseite nur die tatsächlichen Zahlungen des Budgets ausweist.

Nachdem die Steuerrückstände gegenüber dem konsolidierten Haushalt nach Ablauf der ersten sieben Monate noch bei 11,3 vH des BIP gelegen hatten, beliefen sie sich bis Ende November 1997 auf 8,4 vH. Ob und wann die Unternehmen Steuern zahlen, scheint in erster Linie von dem staatlichen Druck abzuhängen. Die Höhe der Steuerrückstände und die Umstände, unter denen die Unternehmen zur Steuerzahlung bereit sind, weisen darauf hin, daß die Unternehmen erst dann handeln, wenn ihnen bei Nichtzahlung einschneidende Sanktionen drohen (DIW et al. 1997a; *vwd-Rußland* vom 30. Dezember 1997). Folglich zeigt sich in den immer noch hohen Steuerrückständen die weiterhin relativ schwache Durchsetzungsfähigkeit des Staates.²¹ Dem Vernehmen nach wurde im April eine Änderung des Steuerstrafrechts verabschiedet, wonach Steuerstrafen langfristig umgeschuldet werden können. Folglich steigen aus Sicht der Gläubiger tendenziell die Anreize, Steuerrückstände und Geldbußen anzuerkennen und Transaktionen in geringerem Maße im Bereich der Schattenwirtschaft abzuwickeln.

Die Einnahmen des konsolidierten Haushalts haben im Zeitraum von Januar bis November 1997 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum geringfügig abgenommen (Tabelle 6). Nach Angaben des Finanzministeriums waren auch die Einnahmen des föderalen Haushalts 1997 weiter rückläufig (1996: 12,4 vH des BIP; 1997: 10,6 vH). Demnach konnten allein die nachgeordneten Gebietskörperschaften ihre Finanzsituation leicht verbessern. Zur Stabilisierung der Staatsfinanzen wurde auch die Privatisierung weiter vorangetrieben; die entsprechen-

den Einnahmen erreichten einen Anteil von über 3 vH der Gesamteinnahmen des konsolidierten Haushalts. Mehrwertsteuer und Akzisen trugen zu knapp 35 vH zu den Gesamteinnahmen bei. Das Gewinnsteueraufkommen war rückläufig.

Die Ausgaben des konsolidierten Haushalts beliefen sich auf 27,4 vH des BIP; sie lagen damit wiederum unter dem Vorjahresniveau (Tabelle 5). Allerdings wurden in den Angaben des Finanzministeriums Zahlungsverprechungen sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen nicht berücksichtigt. Die Ausgaben für „sozial-kulturelle Maßnahmen“ stellten den größten aggregierten Ausgabenposten dar. Finanzministerium und Internationaler Währungsfond (IMF) machen nicht nur stark unterschiedliche Angaben über die Höhe der Ausgaben des föderalen Haushalts (Tabelle 6), sondern auch über den Trend. Laut Finanzministerium geht die Ausgabenbegrenzung des konsolidierten Haushalts allein auf weitere Kürzungen auf der Ebene der Föderation zurück; nach der Berechnung des IMF ist der gegenteilige Trend festzustellen. Widersprüche finden sich auch bei den Angaben zu den Zinszahlungen: Das Finanzministerium hat bei seiner Berechnung (Zinszahlung: 1,5 vH des BIP) offensichtlich nur die Verzinsung der Inlandsschulden berücksichtigt. Der IMF weist für den Zeitraum Januar–September 1997 Zinsausgaben von 3,8 vH des BIP aus. Entsprechende Unsicherheiten ergeben sich bei der Bestimmung des Primärdefizits (ohne Zinszahlung) und damit bei der Beurteilung des aktuellen fiskalpolitischen Kurses.

Wie in den Vorjahren kam das Defizit vor allem auf der Föderationsebene zustande. Die Defizitfinanzierung erfolgte durch Kreditaufnahme auf dem inländischen und internationalen Finanzmarkt sowie durch vom IMF eingeräumte Kreditlinien. Das Gewicht der einzelnen Finanzierungsquellen läßt sich aufgrund von Abgrenzungsproblemen kaum präzise erfassen. So werden offensichtlich der Kauf von Staatsanleihen (GKO) durch Ausländer und auch die Kreditaufnahme beim IMF teils als Finanzierung über den inländischen Finanzmarkt, teils als Finanzierung aus dem Ausland begriffen (Government of the Russian Federation 1998).

Tabelle 6 – Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben des konsolidierten Haushalts 1992–1997 (vH)

	1992 ^a	1993	1994	1995	1996	1997 ^b	1992 ^a	1993	1994	1995	1996	1997 ^b
	vH der Gesamteinnahmen/-ausgaben						vH des BIP					
<i>Einnahmen, insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	28,0	29,0	29,0	26,1	24,8	23,4
Gewinnsteuer	29,4	33,8	27,5	27,0	17,3	15,2	8,2	9,8	8,0	7,0	4,3	3,6
Einkommensteuer	8,1	8,8	9,9	8,4	10,1	11,2	2,3	2,6	2,9	2,2	2,5	2,6
Akzisen	4,0	3,6	4,2	5,6	9,6	9,2	1,1	1,0	1,2	1,5	2,4	2,2
Mehrwertsteuer	37,5	22,5	21,0	22,0	25,8	24,1	10,5	6,5	6,1	5,7	6,4	5,6
Zölle etc.	8,8	4,7	10,8	4,6	3,0	.	2,5	1,4	3,1	1,2	0,7	.
Sonstige Einnahmen	12,2	26,6	26,6	32,3	34,2	40,3	3,4	7,7	7,7	8,4	8,5	9,4
<i>Ausgaben, insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	31,4	33,6	38,5	29,4	28,9	27,4
Volkswirtschaft	34,5	28,1	27,0	.	.	.	10,8	9,4	10,4	.	.	.
Industrie, Energie,	.	.	.	7,4	6,0	5,4	.	.	.	2,2	1,7	1,5
Bauwirtschaft	.	.	.	4,2	3,9	3,9	.	.	.	1,2	1,1	1,1
Landwirtschaft, Fischerei	.	.	.	2,7	0,8	.	.
Transport, Kommunikation	.	.	.	11,6	3,4	.	.
Sozial-kulturelle Maßnahmen	23,2	24,9	23,5	26,0	28,9	33,0	7,3	8,4	9,0	7,7	8,4	9,0
Bildung	.	.	.	8,3	2,4	.	.
Gesundheit	.	.	.	4,2	1,2	.	.
Soziale Sicherung	.	.	.	9,8	9,8	10,6	4,5	4,2	4,6	2,9	2,8	2,9
Verteidigung	14,3	12,5	11,9	7,7	.	11,3	1,8	2,4	3,0	2,3	.	3,1
Verwaltung und Rechtsorgane	5,9	7,3	7,9	4,4	4,1	.	2,2	1,6	0,8	1,3	1,2	.
Außenwirtschaft	7,0	4,8	2,1	5,1	6,6	5,5	.	.	.	1,5	1,9	1,5
Schuldendienst ^c	–	–	–	8,6	40,9	35,7	4,8	7,6	10,6	2,5	11,8	9,8
Sonstige Ausgaben	15,2	22,5	27,5	–11,2	–14,4	–14,5	–3,4	–4,6	–9,4	–3,3	–4,2	–4,0
<i>Saldo Einnahmen – Ausgaben</i>	–10,8	–13,8	–24,5									

^aIm Jahr 1992 war der Umfang der außerbudgetären Aktivitäten erheblich. — ^bJanuar–November. — ^c1996 und 1997: nur föderaler Haushalt.

Quelle: Goskomstat Rossii (1995b, 1996a, 1997b, 1998), Arbeitsunterlagen des Russischen Finanzministeriums, eigene Berechnungen.

Inzwischen wurde der Föderationshaushalt 1998 verabschiedet. Danach werden Einnahmen von 13,1 vH des BIP erwartet, denen Ausgaben von 17,8 vH gegenübergestellt wurden.²² Das Defizit des föderalen Haushalts soll so knapp unter der 5-Prozent-Marke bleiben. Die Einsparbemühungen sollen zugleich gewährleisten, daß das Primärdefizit auf 0,6 vH des BIP begrenzt wird. Bleiben die Einnahmen hinter dem Haushaltsansatz zurück, soll wieder eine entsprechende Ausgabensperre in Kraft treten. Schon in der Vergangenheit kam es daher bei

Nichtabführung von Steuern durch die Großunternehmen auch zu Lohnrückständen bei den öffentlichen Bediensteten. Mit diesem haushaltstechnischen Vorgehen werden allerdings nicht die Verursacher der Einnahmerückgänge getroffen. Entgegen den Auflagen des IMF wurde auch die Praxis der gegenseitigen Verrechnung von Zahlungsverpflichtungen mit den Forderungen an den Haushalt (Offsets) nicht definitiv abgeschafft (RFE/RL 1998). Zugleich wurde die angekündigte Steuerreform weiter verschoben.

V. Geld- und Währungspolitik

Die Auswirkungen der Währungskrise in Asien und das Ziel, den Wechselkurs des Rubels zum Dollar stabil zu halten, haben die russische Geldpolitik der vergangenen Monate entscheidend geprägt. Zwar konnte eine Abwertung des Rubels verhindert werden, jedoch setzte die Zentralbank zur Verteidigung der Parität zwi-

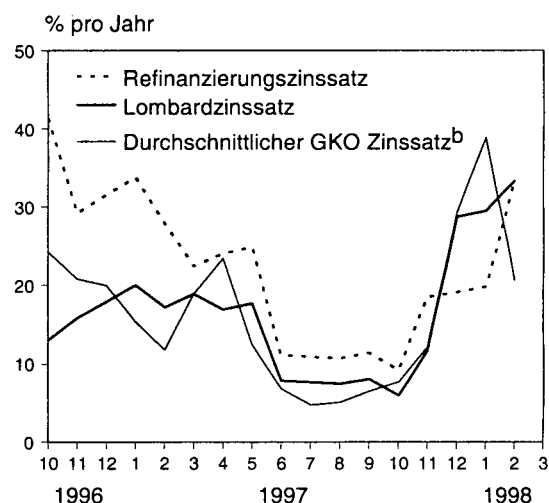
schen Juni 1997 und Anfang Februar 1998 mehr als ein Drittel ihrer Währungsreserven ein. In zwei Schritten wurde zudem der offizielle Refinanzierungszinssatz von 21 auf 28 % im November 1997 und schließlich auf 42 % Anfang Februar 1998 angehoben. Die Zentralbank hat somit eine deutliche Erhöhung des

Zinsniveaus in Kauf genommen, um den Wechselkurs zu verteidigen. Leichte Zuflüsse an Devisen haben offenbar dazu beigetragen, daß die Zentralbank seit Mitte Februar die offiziellen Refinanzierungszinsen sowie den für die Refinanzierung der Geschäftsbanken maßgeblichen Lombardzinssatz schrittweise von 42 auf 30 % gesenkt hat.²³ Bei einer jährlichen Inflationsrate von zuletzt etwa 10 vH lagen die Realzinsen noch auf einem hohen Niveau, nachdem sie bis in den Herbst 1997 hinein auf ihren tiefsten Stand seit Beginn der Stabilisierung im Jahr 1995 gefallen waren (Schaubild 1).

Der Rückgang der Währungsreserven wurde fast vollständig durch einen Anstieg der heimischen Komponente der Zentralbankgeldmenge kompensiert, so daß die Geldbasis im vierten Quartal 1997 nur leicht abnahm (Tabelle 7). Käufe von Staatsanleihen (GKO) durch die Zentralbank im November waren die treibende Kraft hinter dieser Zunahme der inländischen Kreditvergabe. Erstmals seit mehr als zwei Jahren nahmen — ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau — aber auch die an Geschäftsbanken vergebenen Kredite wieder zu. Im Ergebnis lag der Anstieg der Geldbasis im Jahr 1997 mit 25 vH etwa bei dem Vorjahreswert (Tabelle 8). Die Expansion weiter gefaßter Geldmengenaggregate konnte bei etwa 30 vH gehalten werden und fiel damit etwas geringer aus als im Vorjahr.

Die Denominierung des Rubels Anfang Januar 1998 verlief ohne größere Spannungen.²⁴ Allerdings wurden offenbar Umschichtungen von Rubel- zu Devisenkonto vorgenommen, so daß

Schaubild 1 – Realzinssätze 1996–1998^a



^aDeflationiert mit dem Verbraucherpreisindex. Für die Monate Januar und Februar 1998 wurde eine Inflationsrate von 10,1 vH auf Jahresbasis zugrunde gelegt. — ^bZinssatz für Anleihen der russischen Regierung.

Quelle: Government of the Russian Federation *Russian Economic Trends* (verschiedene Ausgaben), eigene Berechnungen.

die Geldmenge M2 in einer weiteren Abgrenzung, d.h. einschließlich der Devisenkonto, in der zweiten Jahreshälfte 1997 schneller wuchs als die Rubelgeldmenge. Zu dieser Umschichtung dürfte auch die asiatische Währungskrise beigetragen haben. In Erwartung der Denominierung des Rubels haben die privaten Haushalte zudem im letzten Quartal von 1997 ihre Bank-einlagen um rund 5 vH reduziert. Dies steht im Einklang mit der zu beobachtenden Zunahme des privaten Verbrauchs in diesem Zeitraum.

Tabelle 7 – Zusammensetzung der Geldbasis von der Entstehungsseite 1992–1997 (vH)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997			
						1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj. ^a
<i>Geldbasis insgesamt</i>	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Inländische Aktiva (netto)	44	52	83	66	93	92	64	61	78
darunter:									
Kredite an die Regierung	53	68	139	107	124	119	90	84	101
Ausländische Aktiva (netto)	56	48	17	35	7	8	36	39	22
<i>Nachrichtlich:</i>									
Anstieg der Geldbasis (vH)	–	648	186	118	26	4	23	2	–2

^aNovember.

Quelle: Arbeitsunterlagen der Institute.

Tabelle 8 – Geldmengen- und Kreditaggregate 1992–1997 (Veränderung gegenüber dem Ende der Vorperiode in vH)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997 ^a		
	2. Hj.					1. Hj.	2. Hj.	Insgesamt
Bargeld	267	691	169	126	29	32	-5	25
Geldbasis	.	648	186	118	26	28	-2	25
M2 (Rubel)	290	409	200	126	34	23	2	28
M2 ^b	.	.	217	108	36	19	9	32
Bankkredite ^c	.	448	241	61	21	15	16	33
Nettowährungsreserven (Dollar)	428	112	-64	238	-78	547	-62	147
Inländische Aktiva der Zentralbank	331	787	412	71	61	-14	32	14
<i>Nachrichtlich:</i>								
Erzeugerpreise	285	895	233	175	26	6	1	7
Verbraucherpreise	213	840	215	131	22	8	2	11

^aM2 und Bankkredite: Änderungsrate bis Oktober (M2 (Rubel): November) auf Halbjahres- bzw. Jahresbasis. — ^bEinschließlich Konten in ausländischer Währung. — ^cKredite des Bankensystems an Unternehmen und Haushalte.

Quelle: Government of the Russian Federation *Russian Economic Trends* (verschiedene Ausgaben), Arbeitsunterlagen der Institute, eigene Berechnungen.

Im Bereich der Bankenaufsicht hat die Zentralbank Mitte Januar 1998 auf die Spannungen auf den internationalen Kapitalmärkten dadurch reagiert, daß sie die maximal zulässige Kreditaufnahme russischer Banken im Ausland auf das Vierfache des Eigenkapitals bzw. 28 vH der Aktiva der Banken beschränkt hat (Bank of Finland 1998). Die Institute hatten bereits in ihrem Herbstbericht 1997 auf mögliche Rückkopplungseffekte zwischen Banken- und Zahlungsbilanzkrisen hingewiesen, die aus der Kreditaufnahme von Banken im Ausland entstehen können. Im dritten Quartal 1997 hatte jedoch das Bankensystem Nettokapitalzuflüsse verbucht, während die übrigen Sektoren — netto — Kapital exportierten (Tabelle 9). Unklar bleibt, in welchem Umfang die russischen Banken offene Fremdwährungspositionen aufweisen und damit von einer möglichen Abwertung des Rubels negativ berührt würden. Viele Banken haben versucht, sich durch Hedginggeschäfte gegen Wechselkursschwankungen abzusichern, und mehr als 40 vH der inländischen Kredite sind in Fremdwährung denominated.²⁵ Damit bleiben die Banken jedoch einem erheblichen Risiko ausgesetzt, daß ihre Vertragspartner zahlungsunfähig werden. Die bislang fehlende Durchsetzung des Insolvenzgesetzes und die engen eigentumsrechtlichen Verflechtungen zwischen Banken und Unternehmen innerhalb von finanz-industriellen Gruppen ma-

chen eine Quantifizierung dieses Kreditausfallrisikos praktisch unmöglich.

Die Asienkrise hat zwar bislang keinen deutlich destabilisierenden Einfluß auf den Banken- und Finanzsektor Rußlands gehabt. Gegen Ende des Jahres 1997 war es sogar zu einer Belebung der Kreditvergabe an Unternehmen gekommen (Tabelle 8). Allerdings hat die durch die Währungskrise ausgelöste — temporäre — Erhöhung der Realzinsen die wirtschaftliche Erholung zumindest verzögert.²⁶ Neben den negativen Effekten dieser Zinserhöhung auf den fiskalischen Sektor haben die Bedingungen auf den Finanzmärkten auch erhebliche Auswirkungen auf die Finanzierung von Unternehmen. Häufig wird zwar argumentiert, die Lage auf den Finanzmärkten beeinflusse das Wirtschaftswachstum in Rußland deswegen nur in geringem Maße, weil der Banken- und Finanzsektor relativ zum BIP sehr klein sei.²⁷ Dieses Argument ist jedoch potentiell irreführend. Zwar ist es richtig, daß die unmittelbaren Auswirkungen einer Finanzkrise in einem kleinen Finanzsektor zunächst quantitativ gering sind. Allerdings behindert ein kleiner Finanzsektor in erheblichem Umfang Investitionen, da diese nicht über externe Finanzmittel finanziert werden können.²⁸ Investitionen hängen derzeit in Rußland entscheidend von den laufenden Gewinnen der Unternehmen ab.

Tabelle 9 – Zahlungsbilanz Rußlands 1994–1997 (Mrd. Dollar)

	1994	1995	1996	1996				1997			
				1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	1.–3. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	1.–3. Vj.
Saldo der Handelsbilanz	17,8	20,8	23,1	4,6	4,9	5,1	14,6	5,9	3,5	3,1	12,5
Exporte	67,8	82,7	90,5	20,9	21,9	21,9	64,7	21,2	20,2	21,5	62,9
Importe	-50,0	-61,9	-67,4	-16,2	-17,0	-16,9	-50,1	-15,3	-16,7	-18,4	-50,4
Saldo der Nichtfaktordienstleistungen	-6,7	-9,5	-6,3	-1,4	-1,6	-1,2	-4,2	-1,0	-1,2	-1,5	-3,7
Exporte	8,4	10,5	12,9	2,9	3,3	4,1	10,3	2,8	3,3	4,1	10,2
Importe	-15,1	-20,1	-19,3	-4,3	-4,8	-5,3	-14,4	-3,8	-4,5	-5,6	-13,9
Faktoreinkommen	-1,8	-3,4	-5,3	0,5	-1,6	-1,9	-3,0	-0,9	-2,3	-2,6	-5,8
Arbeitseinkommen	-0,1	-0,3	-0,4	-0,1	-0,1	-0,1	-0,3	-0,1	-0,1	-0,1	-0,3
Kapitalerträge	-1,7	-3,1	-4,9	0,6	-1,5	-1,8	-2,7	-0,8	-2,2	-2,5	-5,5
Erhaltene Kapitalerträge	3,4	4,1	4,2	2,6	0,7	0,4	3,7	2,4	0,6	0,5	3,5
Gezahlte Kapitalerträge	-5,1	-7,2	-9,1	-2,0	-2,2	-2,2	-6,4	-3,2	-2,8	-3,0	-9,0
Laufende Transfers	-0,1	0,1	0,2	0	-0,1	0,1	0	0	-0,1	-0,1	-0,2
Saldo der Leistungsbilanz	9,3	8,0	11,6	3,8	1,7	2,0	7,5	4,1	0	-1,0	3,1
Kapitaltransfers	2,1	-0,3	-0,5	-0,2	-0,1	-0,1	-0,4	0	-0,2	0	-0,2
Saldo der Direktinvestitionen	0,5	1,7	2,1	0,4	0	0,7	1,1	0,4	1,4	1,5	3,3
Direktinvestitionen im Ausland	-0,1	-0,3	-0,4	0	-0,2	-0,1	-0,3	-0,5	-0,6	-0,7	-1,8
Direktinvestitionen in Rußland	0,6	2,0	2,5	0,4	0,2	0,8	1,4	0,9	2,0	2,2	5,1
Saldo der Portfolioinvestitionen	0,1	-1,6	7,7	1,3	0,7	0,3	2,3	5,7	8,0	1,8	15,5
Forderungen	0,1	-1,7	-0,2	0,1	-0,1	0	0	0,2	0	-0,3	-0,1
Verbindlichkeiten	0	0,1	7,9	1,2	0,8	0,3	2,3	5,5	8,0	2,1	15,6
Sonstige Kapitalbewegungen	-31,4	-11,9	-35,1	-8,3	-6,7	-7,8	-22,8	-9,5	-3,2	-4,4	-17,1
Forderungen	-17,7	5,0	-28,9	-4,7	-8,0	-4,9	-17,6	0,6	-6,9	-8,5	-14,8
Veränderung der Bargeldbestände	-5,7	0	-8,5	-0,1	-3,1	-2,5	-5,7	-2,7	-1,2	-3,5	-7,4
Lfd. Konten und Depositen	0,2	4,3	-1	1,2	-1,9	1,2	0,5	1,5	-0,6	-1,1	-0,2
Handels- und andere Kredite	5,8	16,6	0	0,8	1,3	0,6	2,7	1,6	-0,1	-0,8	0,7
Überfällige Zahlungen	-12,8	-10,6	-9,5	-4,6	-2,4	-1,3	-8,3	1,8	-2,7	-1,0	-1,9
Nicht eingegangene Exporterlöse	-3,9	-4,9	-9,8	-1,9	-1,8	-2,9	-6,6	-2,1	-2,3	-2,1	-6,5
Sonstige Forderungen	-1,3	-0,6	-0,1	0	-0,1	0,1	0	0,4	0	0,1	0,5
Verbindlichkeiten	-13,7	-16,9	-6,2	±3,6	1,3	-2,9	-5,2	-10,1	3,7	4,1	-2,3
Veränderung der Bargeldbestände	-0,3	0,4	-0,2	-0,1	0	-0,1	-0,2	-0,1	0,1	0	0
Lfd. Konten und Depositen	1,7	2,5	1,5	0,1	0	0,7	0,8	-7,5	0,5	1,0	-6,0
Handels- und andere Kredite	-15,4	-20,7	-8,4	-3,2	-0,4	-3,6	-7,2	-2,1	2,8	2,4	3,1
Sonstige Verbindlichkeiten	0,3	0,9	0,9	-0,4	1,8	0	1,4	-0,5	0,3	0,7	0,5
Korrekturposten	-1,8	1,1	-1,5	-0,4	-0,8	-0,2	-1,4	0	0	0	0
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz	-32,6	-10,8	-26,8	-6,9	-6,7	-7,0	-20,6	-3,4	6,1	-1,0	1,7
Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen	-0,4	-8,0	-7,0	-2,1	-2,0	-1,7	-5,8	-2,7	-1,4	-3,2	-7,3
Zahlungsbilanz	-21,6	-11,1	22,6	-5,4	-7,1	-6,7	-19,2	-2,1	4,6	-5,3	-2,8
Finanzierungssaldo	21,6	11,1	22,6	5,4	7,1	6,7	19,2	2,1	-4,6	5,3	2,8
Reserveaktiva	1,9	-10,4	2,8	-2,0	3,4	1,4	2,8	-1,3	-8,0	1,6	-7,7
IMF-Kredite	1,5	5,5	3,8	1,4	1,0	0,7	3,1	0,6	0,7	0,7	2,0
Sonderfinanzierung	18,2	16,0	16,1	6,1	2,6	4,7	13,4	2,8	2,7	3,0	8,5
Umschuldungen (netto)	12,4	12,1	8,4	2,6	1,5	3,2	7,3	1,3	0,4	0,8	2,5
Überfällige Zahlungen (netto)	3,2	1,1	2,7	0,7	0,6	0,6	1,9	0,9	1,0	1,0	2,9
Andere internationale Institutionen	0,4	0,9	1,2	0,1	0,2	0,5	0,8	0,2	1,1	0,2	1,5
Bilaterale Vereinbarungen	2,1	1,7	3,5	2,6	0,3	0,3	3,2	0,3	0,3	0,9	1,5
Kredite an GUS-Staaten	0,2	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	0,3	0,1	0	0,1	0,2

^a Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

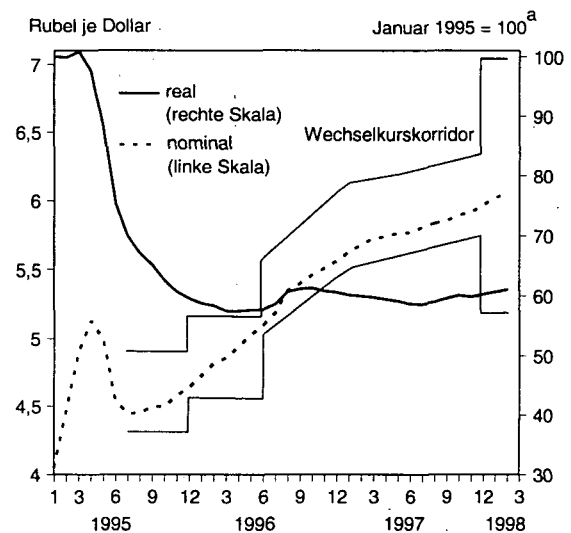
Quelle: Government of the Russian Federation (1998b), eigene Berechnungen.

Für das Jahr 1998 will die russische Zentralbank ihre starke Orientierung an dem Wechselkurs (Schaubild 2) als Zwischenziel ihrer Geldpolitik beibehalten; die Geldmengenentwicklung soll lediglich als Indikator herangezogen

werden.²⁹ Seit Anfang 1998 läßt die Zentralbank zwar eine größere Schwankungsbreite des Wechselkurses von +/-15 vH um eine zentrale Parität zu. Gleichzeitig soll aber die zentrale Parität 1998 unverändert bei 6,1 Rubel pro Dollar

bleiben und in den folgenden beiden Jahren nur geringfügig auf 6,2 Rubel angehoben werden. Die Institute hatten bereits in ihrem letzten Bericht die Verbreiterung des Kurskorridors gutgeheißen. Kritisch wurde allerdings bewertet, daß die Neigung des Korridors (crawling band) aufgegeben und eine nahezu konstante Parität für drei Jahre festgelegt wurde. Zwar dürfte die maximal mögliche Abwertung des Rubels für 1998 oberhalb der Inflationsrate liegen und damit eine reale Aufwertung im Prinzip zu vermeiden sein. Spätestens für die kommenden Jahre wäre jedoch bei einer Preissteigerungsrate für handelbare Güter von über 6 vH per annum durch dieses Wechselkursziel eine reale Aufwertung mit ihren möglichen negativen Konsequenzen für den Außenhandel vorprogrammiert. Im vergangenen Jahr wertete der Rubel real zwar nur noch geringfügig um rund 1 vH gegenüber dem US-Dollar auf, parallel dazu verringerte sich jedoch der Überschuß in der Leistungsbilanz Rußlands (vgl. dazu Kapitel VI).

Schaubild 2 – Wechselkurs des russischen Rubels zum Dollar 1995–1998



^aRealer Wechselkurs.

Quelle: Government of the Russian Federation *Russian Economic Trends* (verschiedene Ausgaben), eigene Berechnungen.

VI. Außenwirtschaft

Nach positiven Entwicklungen in der ersten Jahreshälfte 1997, insbesondere im Bereich des Kapitalverkehrs, hat sich die russische Zahlungsbilanz im dritten Quartal von 1997 deutlich verschlechtert (Tabelle 9). Hierfür sind vor allem Abflüsse von ausländischem Kapital verantwortlich. Daneben ging der Handelsbilanzüberschuß zurück. Angaben über die Zahlungsbilanz für das Gesamtjahr 1997 liegen noch nicht vor; die vorläufigen Zahlen für den Außenhandel deuten zwar auf eine leichte Verbesserung im vierten Quartal hin (Government of the Russian Federation 1998: 82). Gleichzeitig hielten jedoch die Kapitalabflüsse an, so daß sich die Währungsreserven der Zentralbank deutlich verringerten.

Nachdem sich die Zuwachsraten bei den Exporten insgesamt schon 1996 beträchtlich abgeschwächt hatte, gingen die Exporte 1997 erstmals zurück (–2 vH). Bei den Exporten dominierten weiterhin Energieträger und Rohstoffe. Entsprechend war für die wertmäßige Entwick-

lung der Exporte der starke Preisrückgang bei Erdöl prägend (Government of the Russian Federation 1998). So verringerten sich die Erlöse aus dem Export von Erdöl um 8 vH, während die exportierten Mengen praktisch konstant blieben. Die Importe stiegen 1997 mit 8,5 vH erstmals deutlich stärker als die Exporte.³⁰ Die Wachstumsrate der Importe berücksichtigt Schätzungen von Goskomstat über den Umfang des nicht offiziell registrierten Grenzhandels (shuttle trade).³¹ Aussagen über die Warenstruktur der Importe sind nur eingeschränkt möglich, da knapp 40 vH der Warenströme unter der Position „Sonstige“ zusammengefaßt wurden. Als ein positives Zeichen könnte gewertet werden, daß der Anteil der Erzeugnisse des Maschinenbaus an den Importen im Jahre 1997 von einem Viertel auf ein Drittel gestiegen ist. Allerdings läßt ein Blick auf die bilaterale Außenhandelsstatistik der Bundesrepublik Deutschland mit Rußland vermuten, daß sich hinter dem kräftigen Anstieg im Bereich Ma-

schienenbau vor allem eine Zunahme der russischen Importe von Pkw verbirgt (Statistisches Bundesamt (Ifd. Jgg.)).

Positiv für die Integration Rußlands in die internationale Arbeitsteilung dürfte sich auswirken, daß die Verhandlungen über eine Aufnahme in die WTO langsam Fortschritte machen. Die Regierung hat Ende Februar 1998 das lang erwartete Angebot an die WTO eingereicht. Auch die EU hat sich im Prinzip bereit erklärt, Rußland (wie auch China) als ein nach marktwirtschaftlichen Prinzipien funktionierendes Wirtschaftssystem zu betrachten. Eine entsprechende Verordnung der EU wurde bisher aber erst teilweise in dem Sinne geändert, daß Antidumpingverfahren gegen Rußland erschwert würden.

Im ersten Halbjahr 1997 war es erstmals zu einem Überschuß in der Kapitalbilanz gekommen. Profitiert hatte von den Kapitalzuflüssen vor allem der Staatssektor, aber auch bei den Direktinvestitionen waren Zuflüsse zu verzeichnen. Ausgelöst durch die Asienkrise kehrten sich

die Kapitalströme in der zweiten Jahreshälfte jedoch wieder um. Die Zentralbank hat auf die Kapitalabflüsse mit Erhöhungen der Leitzinsen reagiert. Eine Zahlungsbilanzkrise konnte dadurch vermieden werden. Dazu trugen auch kurzfristige Kredite bei, die die Regierung offenbar gegen Ende des Jahres bei westlichen Banken aufgenommen hat (*Financial Times* vom 18. Februar 1998 und vom 9. März 1998). Die Aufnahme dieser Kredite war zunächst nicht öffentlich bekanntgegeben worden, wohl in der Absicht, das Vertrauen der internationalen Anleger nicht zu gefährden. Allerdings dürften derartige Transaktionen, wenn sie im Nachhinein bekannt werden, Investoren eher verunsichern als beruhigen. Ab Februar 1998 hat sich die Lage etwas entspannt, und es waren wieder Zuflüsse an Portfoliokapital zu beobachten. Erstmals nach dem Ausbruch der Asienkrise kündigte Rußland im März 1998 zwei neue Anleihen am Eurobondmarkt an. Die beiden Anleihen im Umfang von 1,25 Mrd. DM bzw. 750 Mrd. Lire wurden bereits erfolgreich plaziert.³²

VII. Ordnungspolitik

Im Jahr 1997 wurden vermehrt Anteile von großen Unternehmen aus den strategischen Bereichen (beispielsweise Energiewirtschaft) veräußert, die in früheren Jahren einem Privatisierungsverbot unterlagen. Ein Ziel war die Erhöhung der Privatisierungserlöse. Verkauft wurden unter anderem Anteile an der Telekommunikationsgesellschaft Svjaz'invest und dem Energieversorger EES. Im Vergleich zu den Vorjahren wurden die Verkäufe eher unter Wettbewerbsbedingungen durchgeführt; ausländische Investoren konnten sich an Auktionen beteiligen. Die Privatisierungserlöse beliefen sich 1997 auf 23,6 Bill. Rubel (Tabelle 10); dies ist etwa das 3,5fache der ursprünglich geplanten Einnahmen aus der Privatisierung (*vwd-Rußland* vom 8. Januar 1998: 1). Mit einem Anteil von 3,5 vH der Einnahmen des konsolidierten Haushalts haben Privatisierungserlöse 1997 erstmals einen deutlichen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte geleistet. Ins-

gesamt wurden 1997 etwa 3 100 Unternehmen und damit weniger als die Hälfte der im Vorjahr privatisierten Objekte verkauft (Tabelle 10). Gemessen an der Zahl der Beschäftigten hat der (teil-)staatliche Sektor nur geringfügig abgenommen. Im staatlichen und sogenannten gemischten Sektor der Wirtschaft sind noch immer etwa 60 vH der Erwerbstätigen beschäftigt (Tabelle 11).³³

Tabelle 10 – Zahl privatisierter Unternehmen und Privatisierungseinnahmen 1994–1997

	Zahl privatisierter Unternehmen bzw. Objekte	Privatisierungseinnahmen in Bill. Rubel ^a
1994	21 905	1,1
1995	10 152	3,8
1996	6 720	3,2
1997	3 100	23,6

^aIn laufenden Preisen.

Quelle: Goskomstat Rossii (1996a: 702 ff.; 1996b: 149; 1997a: 379; 1997c: 146), *vwd-Rußland* vom 7. Januar 1998: 2 und vom 8. Januar 1998: 1.

Tabelle 11 – Struktur der Beschäftigung nach Eigentumsformen 1990–1997 (vH der Gesamtbeschäftigung)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997 ^a
Staatlicher und gemischter Sektor	86,6	85,6	80,6	70,7	65,8	64,3	60,5	60,0
Privater Sektor	12,5	13,3	18,3	28,1	32,3	34,3	38,2	38,7
Sonstige	0,9	1,1	1,1	1,3	1,2	1,4	1,4	1,3

^aSchätzung.

Quelle: Goskomstat Rossii (1995a: 18; 1997a: 34; 1997c: 258), Mežgosudarstvennyj statističeskij komitet Sodružestva Nezavisimych Gosudarstv (1995: 65).

Für das Jahr 1998 hat die Regierung der Duma verschiedene Großunternehmen, u.a. aus der Energiewirtschaft, für Teilprivatisierungen vorgeschlagen.³⁴ Gemäß dem Privatisierungsgesetz³⁵ ist in diesen Fällen die Zustimmung des Parlaments erforderlich. Im Februar 1998 hatte ein Untersuchungsausschuß der Duma unter dem Hinweis, daß eine derartige Zustimmung noch nicht gegeben worden sei und zudem vorausgegangene Verkäufe gesetzeswidrig gewesen seien, gefordert, bereits laufende Privatisierungen auszusetzen (*Finansovye izvestija* vom 19. Februar 1997: 1; *vwd-Rußland* vom 17. Februar 1998: 4). In welchem Umfang Ausländer an Auktionen teilnehmen können, blieb ebenfalls offen. Bereits im November 1997 war allerdings durch ein Präsidialdekret die bisher gültige Bestimmung aufgehoben worden, derzufolge Ausländer nicht mehr als 15 vH der Anteile von Erdölgesellschaften halten dürfen (*Sobranie Zakonodatel'stva* 1997: 9062).

In der Vergangenheit war das Ziel verfolgt worden, Unternehmen möglichst rasch zu entstaatlichen.³⁶ Dabei wurden eine effiziente Unternehmenskontrolle und Anreize zur Umstrukturierung der Unternehmen vernachlässigt. Sowohl in der ersten Phase, der sogenannten Voucherprivatisierung, als auch in der darauffolgenden Verkaufsprivatisierung hatten Unternehmensexterne als strategische Investoren eine nur geringe Rolle gespielt. Vielmehr hatten meist Belegschaften und Management gemeinsam die Mehrheit der Aktien in teilprivatisierten Unternehmen erhalten (Government of the Russian Federation 1997: 92). Wie empirische Studien zeigen, wurde das alte Management häufig nicht ausgewechselt und konnte seine Position sogar ausbauen (Bim 1996). Die von Internen dominierte Unternehmenskontrolle bei noch un-

gesicherten Rechten der anderen Aktionäre (Blasi et al. 1997; Willer 1997) sowie weitere Faktoren, u.a. der mangelnde Wettbewerb, haben letztlich dazu geführt, daß die Umstrukturierung selbst in privatisierten Unternehmen noch unzureichend ist. Mit dem Aktionsprogramm der Regierung vom Januar 1998, in dem die Privatisierung eine untergeordnete Rolle spielt, das dafür aber die Verbesserung des Managements in den Betrieben als wichtige Maßnahme betont, wird nun versucht, diese Mängel zu korrigieren (*vwd-Rußland* vom 27. Januar 1998: 1 f.; Rossijskaja Federacija 1998). Allerdings wird die Umstrukturierung der Unternehmen behindert, wenn — wie es in der Diskussion ist — Maßnahmen zum Schutz heimischer Produzenten ergriffen werden.³⁷

Voraussetzung für die Umstrukturierung sowie die Erhöhung der finanziellen Disziplin der Unternehmen ist eine eindeutige Zuordnung und Durchsetzung von Haftungsrechten. Hier wurde mit dem zum 1. März 1998 in Kraft getretenen Insolvenzgesetz eine neue Grundlage geschaffen (*Sobranie Zakonodatel'stva* 1998a: 297 ff.).³⁸ Im Unterschied zu seinem Vorläufer und auch zum Novellierungsentwurf³⁹ schreibt das neue Gesetz den Zwang zur Insolvenzanmeldung durch den Schuldner vor. Damit ist eine wichtige Voraussetzung geschaffen worden, um der für Transformationsländer typischen Gläubigerpassivität beim Ingangsetzen von Insolvenzverfahren entgegenzuwirken. Im neuen Gesetz werden ausdrücklich Maßnahmen von seiten der Eigentümer gefordert, um einen drohenden Konkurs rechtzeitig abzuwenden und das Unternehmen vorab zu sanieren; in diesem Zusammenhang wird sogar eine Finanzierung der Sanierung durch die öffentlichen Haushalte erwähnt.

Eine weitere neue Regelung besteht darin, daß nach Einreichen des Insolvenzantrags das betreffende Unternehmen vorübergehend einer Aufsicht unterstellt wird. Dies soll offenbar eine Veruntreuung von Betriebsvermögen verhindern (*Ekonomika i žizn'* Nr. 4 aus 1998: 1), bis über die Eröffnung des Konkursverfahrens oder des Verfahrens der „äußeren Leitung“ zum Zweck der Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit des Unternehmens entschieden ist.⁴⁰ Die „äußere Leitung“ soll — wie es bereits im alten Gesetz vorgesehen war — das Reorganisationsverfahren innerhalb von höchstens 18 Monaten zum Abschluß bringen; diese Frist konnte bislang meist nicht eingehalten werden. Neu ist, daß auch das Konkursverfahren die Höchstdauer von 18 Monaten nicht überschrei-

ten soll. Während des gesamten Konkursverfahrens besteht dabei die Möglichkeit, einen Vergleichsantrag zu stellen und die Liquidation abzuwenden. Insgesamt räumt auch das neue Gesetz Möglichkeiten ein, Konkurse zu verhindern oder ihre Abwicklung zu verzögern.

Ebenfalls zum 1. März 1998 ist das neue Gesetz über die „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Kraft getreten, nachdem bereits das Zivilgesetzbuch von 1994 diese Rechtsform vorgesehen hatte. Das neue GmbH-Gesetz ist insbesondere für die kleineren und mittleren Privatbetriebe relevant. Es wird erwartet, daß sich zahlreiche Aktiengesellschaften in GmbHs umgründen werden (*Handelsblatt* vom 5. März 1998: 3; *Sobranie Zakonodatel'stva* 1998b: 1560 ff.).

VIII. Zusammenfassung und Ausblick

Der wirtschaftliche Niedergang Rußlands kam im Jahr 1997 endlich zum Stillstand. Das Bruttoinlandsprodukt, einschließlich einer offiziellen Schätzung des Umfangs der Schattenwirtschaft, ging nicht weiter zurück (Anstieg um 0,4 vH). Für das Ende des wirtschaftlichen Rückgangs spielten zwei Faktoren eine wesentliche Rolle. Zum einen kam es zu einer deutlichen Zunahme des privaten Verbrauchs, zum anderen ging die Investitionstätigkeit wesentlich langsamer zurück als noch im Vorjahr. Staatsausgaben, Außenhandelsbeitrag und Lagerinvestitionen hatten keinen bestimmenden Einfluß.

Die deutliche Zunahme der nominalen Einkommen der privaten Haushalte, einschließlich der Lohneinkommen, hat eine weitere Absenkung der Preissteigerungsraten auf nur mehr wenig über 10 vH nicht behindert, ebensowenig wie das Niveau der Inflation jetzt noch als ein entscheidendes Hindernis für eine wirtschaftliche Belebung angesehen werden kann. Der leichte Rückgang der Arbeitslosenquote auf etwa 9 vH kann wegen des anstehenden Strukturwandels nicht als Zeichen einer Entspannung gewertet werden. Kennzeichnend für den Arbeitsmarkt ist die starke regionale und sektorale

Differenzierung. In Moskau etwa herrscht ein Mangel an Arbeitskräften.

Die öffentlichen Haushalte sind vor allem von den Schwierigkeiten auf der Einnahmenseite gekennzeichnet. Das bestehende Steuersystem und die fehlende Durchsetzung von staatlichen Forderungen untergraben die Effizienz der Allokation und behindern eine wirtschaftliche Erholung Rußlands.

Die Geld- und Währungspolitik blieb primär an der Einhaltung des vorgegebenen Wechselkursziels orientiert. Daher kam es im Gefolge der asiatischen Währungskrisen zu einem starken Rückgang der russischen Devisenreserven, dem mit einem kräftigen Anstieg der Zinsen begegnet wurde. Noch im ersten Halbjahr 1997 war ein sehr kräftiger Kapitalzufluß zu verzeichnen. Zwar sind die Realzinsen seit Mitte Februar 1998 wieder rückläufig, dennoch lagen sie zuletzt noch deutlich über dem Vorkrisenniveau. Die Einhaltung des für einen Zeitraum von drei Jahren angekündigten, festen Wechselkurskorridors birgt für die Zukunft das Risiko einer realen Aufwertung des Rubels. Die Zentralbank hat jüngst ihre Absicht erklärt, einem solchen Trend entgegenzuwirken. Die Verschlechterung der Handelsbilanz im Verlauf des

Jahres 1997 ist nicht auf eine reale Aufwertung im Gefolge einer inkonsistenten Geld- und Wechselkurspolitik zurückzuführen. Sie liegt vielmehr zu einem großen Teil im Rückgang der Weltmarktpreise für Primärenergieressourcen begründet.

Ordnungspolitisch stechen zwei Entwicklungen hervor. Zum einen gewann im Verlauf des Jahres 1997 die Privatisierung von Unternehmen in strategischen Bereichen — neben dem bereits genannten Ziel der Einnahmensteigerung für die öffentlichen Haushalte — an Gewicht. Zum anderen wurden mit einem neuen Insolvenzrecht die Rahmenbedingungen für marktwirtschaftliche Prozesse wesentlich verbessert. Allerdings kommt es entscheidend auf den politischen Willen zur Umsetzung der rechtlichen Regelungen an.

Für 1998 bleiben die Institute grundsätzlich bei ihrem erstmals im Herbst des vergangenen Jahres zum Ausdruck gebrachten vorsichtigen Optimismus. Es zeichnet sich ab, daß der Einfluß der asiatischen Währungskrisen nur temporär sein wird. Der private Verbrauch dürfte

wiederum mäßig expandieren. Vorausgesetzt, der Trend zu sinkenden Realzinsen setzt sich nach Beseitigung der jüngsten politischen Unsicherheiten fort, so läßt dies, in Verbindung mit weiteren Schritten zur Verbesserung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, unter allen Nachfrageaggregaten bei den Investitionen die deutlichste Veränderung zum Positiven erwarten. Die Institute bleiben dann für 1998 bei der Erwartung eines Wachstums in einer Größenordnung von 2 bis 3 vH. Bei Fortdauer der politischen Unsicherheiten könnte sich die Stagnationsperiode jedoch auch verlängern.⁴¹ Mit einer Entspannung am Arbeitsmarkt ist nicht zu rechnen, wenn die nötigen Strukturveränderungen fortgeführt werden. Die wirtschaftliche Lage bleibt wegen zahlreicher immer wieder aufgeschobener Probleme, vornehmlich im Bereich der öffentlichen Haushalte, weiterhin fragil. Da der geld- und währungspolitische Kurs beibehalten werden dürfte, halten die Institute eine Preissteigerungsrate bei den zuletzt erreichten etwa 10 vH oder sogar darunter für realistisch.

Endnoten

- 1 Ohne die wohl als schnell wachsend unterstellte Schattenwirtschaft wäre das BIP vermutlich weiter geschrumpft.
- 2 Starke Zuwächse zeigten daneben die Bereiche Telekommunikation (13 vH), private ärztliche Leistungen (20 vH) und der Bildungsbereich (40 vH) (Goskomstat Rossii 1998: 139 ff.).
- 3 Dies hat sich auch und besonders auf den Umsatz mit alkoholischen Getränken ausgewirkt, der mit 12 vH expandierte (Goskomstat Rossii 1998: 128). Im übrigen ist zu bemerken, daß es sich bei den entscheidenden Angaben für das zweite Halbjahr 1997 überwiegend um Schätzungen der amtlichen Statistik handelt. Die Zahlen wurden „präzisiert“ (Goskomstat Rossii 1998: 123).
- 4 Dafür spricht auch die im letzten Quartal 1997 zurückgehende Sparquote der privaten Haushalte.
- 5 Erfasst wird die industrielle Bruttoproduktion. In den amtlichen russischen Angaben sind bereits Schätzungen des Umfangs der Schattenwirtschaft enthalten (vgl. z.B. Goskomstat Rossii 1997a: 265).
- 6 Weiterhin differieren die Angaben in Tonnenkilometern stark von denen in Tonnen. Geringere Mengen wurden über längere Strecken transportiert.
- 7 Dahinter mag man einsetzende Anstrengungen zur Energieeinsparung vermuten. Auf jeden Fall jedoch scheint sich mit der jüngsten Entwicklung die gelegentlich behauptete Eignung des Stromverbrauchs als Indikator für das Ausmaß der Schattenwirtschaft erledigt zu haben (DIW et al. 1997b: 4).
- 8 Nach offizieller Lesart ist der Rückgang der Erdgasförderung auf geringere Nachfrage, nicht jedoch auf Angebotsprobleme zurückzuführen (Goskomstat Rossii 1998: 44).
- 9 So ging z.B. die Produktion von Fleisch um 10 vH (nach -8 vH im Vorjahr) zurück (Goskomstat Rossii 1998).
- 10 Diese Angaben liegen nur in Tonnen, nicht dagegen in Tonnen-Kilometern vor (Goskomstat Rossii 1998: 106 ff.).
- 11 Es ist neuerlich daran zu erinnern, daß in Polen der wirtschaftliche Aufschwung aus der Transformationskrise bereits bei einer Inflationsrate um 30 vH eingesetzt hatte.
- 12 Insbesondere gilt dies für Mieten, die in Moskau bis zum Fünzigfachen des Niveaus in anderen Städten betragen (Goskomstat Rossii 1998: 189).
- 13 Dies gilt selbst dann, wenn man weiß, daß im Zuge der Nicht-Zahlung von Löhnen, Renten und Transfers der Einzelhandel vielfach Einkäufe auf Kredit ermöglicht, mit nachfolgender Begleichung offener Beträge direkt aus den Lohnzahlungen der Unternehmen (Goskomstat Rossii 1998: 136 f.). Darin liegt ein Teil der Erklärung für das „Überleben“ der Bevölkerung trotz ausstehender Lohn- und anderer Zahlungen.
- 14 Andere, widersprechende Ergebnisse liefert auf der Basis von Umfragen Government of the Russian Federation (1998: 110).
- 15 Nach der ILO-Methodik wird das Arbeitskräftepotential („ökonomisch aktive Bevölkerung“ bzw. „Erwerbspersonen“) der tatsächlichen Zahl der Beschäftigten gegenübergestellt. Die Differenz wird als „arbeitslos“ definiert.
- 16 Die Arbeitssuchenden müssen beim Arbeitsamt mindestens drei Monate als arbeitssuchend gemeldet sein.
- 17 Die Angaben zu den Regionen beziehen sich auf Ende September 1997 (Ministerstvo truda i social'nogo razvitiia Rossijskoj Federacii 1998).
- 18 Januar–November 1997 (Goskomstat Rossii 1998: 269 ff.).
- 19 Das Existenzminimum ist definiert als der physiologische Mindestverbrauch sowie die Mindestausgaben für andere Verbrauchsgüter, Dienstleistungen und Pflichtbeiträge. Es wird als Durchschnittsgröße für einzelne soziale Gruppen (Erwachsene im arbeitsfähigen Alter, Kinder und Rentner) bestimmt.
- 20 Veröffentlicht in Goskomstat Rossii (1998: 216 ff.). Auch der IMF und *Russian Economic Trends* berufen sich auf Angaben des Finanzministeriums, die allerdings nicht deckungsgleich mit denen des Statistischen Amtes sind.
- 21 Erst zum 1. März 1998 trat ein funktionsfähiges Konkursgesetz in Kraft (*Sobranie Zakonodatel'stva* 1998a: 297 ff.). Zur Einschätzung des bisherigen Gläubigerschutzes vgl. DIW et al. (1997b).
- 22 Bei der Aufstellung des Haushalts wurde eine Jahresinflation von 5,7 vH zugrunde gelegt.
- 23 Seit Anfang Dezember 1997 gilt ein einheitlicher Lombardzinssatz für Kredite mit unterschiedlichen Laufzeiten; seit Anfang Februar 1998 wird dieser Zinssatz auf gleicher Höhe wie der offizielle Refinanzierungszinssatz festgesetzt. Die letzte Leitzinssenkung von 36 auf 30 % trat Mitte März in Kraft.
- 24 Im Zuge dieser Denominierung wurden Anfang Januar 1998 alle Aktiva und Passiva in russischen Rubeln durch den Faktor 1 000 dividiert.
- 25 Vgl. für den Wert Ende Oktober 1997 Central Bank of Russian Federation (1997).

- 26 Den offiziellen Zahlen zufolge hat sich die Erhöhung der GKO- und Refinanzierungszinsen zwar nicht unmittelbar in den Kreditzinsen niedergeschlagen. Allerdings ist zu vermuten, daß die gemeldeten Zinsen nicht die tatsächlich für die Unternehmen relevanten Zinssätze widerspiegeln, sondern vielmehr Risikozuschläge gezahlt werden müssen.
- 27 Das Volumen der Geldmenge M2 relativ zum BIP ist zwar im vergangenen Jahr gestiegen, liegt jedoch noch immer deutlich unter 20 vH. Ebenso erreichen die Bankkredite an Unternehmen nicht mehr als 10 vH des BIP.
- 28 Empirische Untersuchungen deuten darauf hin, daß die Entwicklung des Finanzsystems Einfluß auf die Qualität und Quantität von Investitionen hat (Levine 1997).
- 29 Geplant ist eine Ausweitung der Geldmenge M2 um 20–30 vH.
- 30 Schrumpften die Importe im vierten Quartal des Jahres 1996 noch um 15 vH, so expandierten sie im vierten Quartal des Jahres 1997 um 26 vH (jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal).
- 31 Goskomstat setzt das Volumen des „shuttle trade“ für 1997 bei 22 vH der Gesamteinfuhren an.
- 32 Die Zinsen für die DM-Anleihe lagen 450–500 Basispunkte über denen deutscher Bundesanleihen; der Aufschlag der Lira-Anleihe bewegte sich in einer ähnlichen Größenordnung.
- 33 Die Bedeutung kleiner Privatunternehmen hat dabei kaum zugenommen. Die Zahl der Kleinunternehmen, die überwiegend dem privaten Sektor zuzurechnen sind, ist nur um 2 vH gestiegen und belief sich zum 1. Januar 1998 auf 844 400. In den Kleinbetrieben sind rund 12 vH der Erwerbstätigen beschäftigt (Goskomstat Rossii 1998: 10 ff.).
- 34 Auf der Privatisierungsliste der Regierung stehen folgende Unternehmen: Svjaz'invest, Lukoil, Rosneft', TNK, Norsioil, WNK, Slavneft', Elektrodenwerk Novosibirsk, Elektrosvjaz', Sibur (*vwd-Rußland* vom 10. Februar 1998: 1).
- 35 Vgl. zum neuen Privatisierungsgesetz Jehn und Knaul (1997).
- 36 Von Beginn der Privatisierung bis Ende 1997 unterlagen insgesamt rund 130 000 Unternehmen der Privatisierung. Die überwiegende Zahl der Unternehmen wurde während der ersten Phase (teil-)privatisiert, d.h., sie können sich im staatlichen oder gemischten Sektor befinden.
- 37 In der Automobilindustrie werden russische Anbieter bereits durch ein neues zum Jahresanfang 1998 beschlossenes Gesetz zur Förderung ausländischer Investitionen indirekt begünstigt. Laut Gesetz sollen ausländische Investoren Vergünstigungen u.a. unter der Bedingung erhalten, daß der russische Produktionsanteil binnen fünf Jahren mehr als 50 vH beträgt. Es werden dabei nur Investitionsprojekte ab einer Höhe von 250 Mill. Dollar gefördert (*Izvestija* vom 7. Februar 1998: 1).
- 38 Im folgenden werden nur die allgemeinen Grundzüge des Insolvenzrechts dargestellt. Besondere Bestimmungen gelten u.a. für private Kleinbetriebe. Das Insolvenzverfahren von Kreditorganisationen wird durch ein spezielles Gesetz ergänzt.
- 39 Vgl. zur Analyse des alten Insolvenzgesetzes und des Entwurfs zum neuen Gesetz DIW et al. (1997b: 38 f.).
- 40 Im neuen Gesetz wird das Verfahren der „Sanierung“, das im alten Gesetz neben der „äußeren Leitung“ ein weiteres Reorganisationsverfahren darstellte, nicht mehr genannt.
- 41 Die vorläufigen Ergebnisse für das erste Quartal 1998 (BIP: 0,0 vH, Industrieproduktion: 1,3 vH) deuten bereits in diese Richtung (zitiert nach Pressemeldungen auf der Grundlage von Goskomstat).

Literaturverzeichnis

- Bank of Finland (1998). Russian Central Bank Limits Bank Borrowing from Abroad. *Russian and Baltic Economies — The Week in Review*, Week 3/98. <http://www.bof.fi/env/eng/it/weekly/weekbase.stm>
- Bim, A. (1996). Ownership, Control over the Enterprises and Strategies of Stockholders. Working Paper 96-050. International Institute for Applied Systems Analysis, Laxenburg.
- Blasi, J., M. Kroumova und D. Kruse (1997). *Kremlin Capitalism: Privatizing the Russian Economy*. Ithaca.
- Central Bank of Russian Federation (1997). *Bulletin of Banking Statistics*, Nr. 12.
- DIW, IfW und IWH (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1997a). Die wirtschaftliche Lage Rußlands: Fortgesetzter Rückgang der Investitionen verhindert Erholung. Kieler Diskussionsbeiträge 296. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch im *Wochenbericht* 64 (19): 341–355 des DIW und als Forschungsreihe 4/97 des IWH.
- (1997b). Die wirtschaftliche Lage Rußlands: Wirtschaftspolitik muß jetzt endlich Wachstumserfolge vorweisen. Kieler Diskussionsbeiträge 308. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch im *Wochenbericht* 64 (51/52): 965–1009 des DIW und als Forschungsreihe 9/97 des IWH.
- Goskomstat Rossii (Gosudarstvennyj komitet Rossijskoj Federacii po statistike) (1992). *Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii*. Moskau.
- (1993). *Rossijskaja Federacija v 1992 godu*. Moskau.
- (1994). *O položenii rossijskoj ekonomiki v 1993 godu i perspektivach razvitija na 1994 god*. Moskau.
- (1995a). *Osnovnye pokazateli po statistike truda*. Moskau.
- (1995b). *Rossijskij statističeskij ežegodnik*. Moskau.
- (1996a). *Rossijskij statističeskij ežegodnik*. Moskau.
- (1996b). *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g.* Moskau.
- (1997a). *Rossija v cifrach. 1997*. Moskau.
- (1997b). *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1996 g.* Moskau.
- (1997c). *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii. Janvar'–oktjabr' 1997 g.* Moskau.
- (1998). *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1997 g.* Moskau.
- Goskomstat RSFSR (Gosudarstvennyj komitet RSFSR po statistike) (1991). *Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g.* Moskau.
- Gosudarstvennaja služba zanjatosti (1997). *Osnovnye pokazateli dejatel'nosti organov gosudarstvennoj služby zanjatosti v janvare–sentjabre 1997 goda*. Moskau.
- Government of the Russian Federation (1997). *Russian Economic Trends* (1997.4).
- (1998a). *Russian Economic Trends* (1998.1).
- (1998b). *Russian Economic Trends. Monthly Update* (March).
- Jehn, A., und A. Knaul (1997). Russische Föderation: Privatisierungsgesetz. *Wirtschaft und Recht in Osteuropa* 6 (12): 455–467.
- Levine, R. (1997). Financial Development and Economic Growth: Views and Agenda. *Journal of Economic Literature* 35 (2): 688–726.
- Mežgosudarstvennyj statističeskij komitet Sodružestva Nezavisimych Gosudarstv (1995). *Ekonomika Sodružestva Nezavisimych Gosudarstv v 1994 g.* Moskau.
- Ministerstvo truda i social'nogo razvitija Rossijskoj Federacii (1998). *O položenii rynka truda Rossijskoj Federacii v 1996–1997 godach*. Moskau.

- RFE/RL (Radio Free Europe/Radio Liberty) (1998). Government to Ignore Budget Provision on Offsets. *RFE/RL Newsline*, 5. März. <http://www.rferl.org/newsline/1998/03/050398.html>
- Rossijskaja Federacija (1998). Poslanie Prezidenta Rossijskoj Federacii Federal'nomy Sobraniju. web-Seite der Russischen Regierung.
- Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii* (1997). Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii „O dejstvii nekotorych aktov Prezidenta Rossijskoj Federacii o privatizacii“. Nr. 54.
- (1998a). Federal'nyi zakon „O nesostojatel'nosti (bankrotstve)“. Nr. 2.
- (1998b). Federal'nyi zakon „Ob obščestvach c ograničennoj otvetstvennost'ju“. Nr. 7.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 7: Außenhandel. Reihe 3: Außenhandel nach Ländern und Warengruppen (Spezialhandel)*. Stuttgart.
- Willer, D. (1997). Corporate Governance and Shareholder Rights in Russia. Discussion Paper 343. Centre for Economic Performance, London.